

sung Verheirateter zum Priestertum offen und ausführlich diskutiert. Mit überwältigender Mehrheit hat sie sich dafür ausgesprochen, daß „das in der katholischen Kirche geltende Gesetz des priesterlichen Zölibats uneingeschränkt beibehalten werden“ soll (Der priesterliche Dienst Nr. 20, 15; 168 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen. Einundzwanzig stimmten für eine Verbesserung des Textes). Zur Frage der Weihe verheirateter Männer wurden den Behörden zwei Formeln zur Abstimmung vorgelegt. Die Mehrheit der Bischofssynode (107 Stimmen) entschied sich für die folgende: „Unbeschadet der päpstlichen Rechte wird die Priesterweihe von verheirateten Männern nicht gestattet, auch nicht in Sonderfällen.“ Auch die von einer starken Minderheit (87 Stimmen) bevorzugte Formel war nicht einfachhin als ein uneingeschränktes Ja zur Weihe verheirateter Männer zu verstehen, sondern sah nur vor, daß es „dem Papst allein“ zustehe, „in Sonderfällen, aus pastoralen Gründen, unter Berücksichtigung des Wohls der Gesamtkirche, die Priesterweihe verheirateter Männer zu gestatten, die jedoch in reiferem Alter stehen und von unbescholtenem Lebenswandel sein sollen“ (Der priesterliche Dienst Nr. 20, 16). Der Papst hat das Ergebnis der Bischofssynode und besonders ihre Entscheidung in der Zölibatsfrage bestätigt.

Aufgrund der eingehenden Diskussion über die Zulassung verheirateter Männer zum Priestertum sowie aufgrund des Ergebnisses der Römischen Bischofssynode erachtet es die Deutsche Bischofskonferenz nicht als angezeigt und sinnvoll, sich jetzt in der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland erneut der Erörterung dieser Fragen zuzuwenden. Es ist nach den bisherigen Erfahrungen nicht damit zu rechnen, daß sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt in einer weiteren Diskussion neue Argumente ergeben. Eine weitere Diskussion über dieses Problem könnte in der gegebenen Situation nur die weitverbreitete Unsicherheit über den priesterlichen Dienst und die priesterliche Lebensform vermehren. Die Bischöfe sind der Überzeugung, daß in der gegenwärtigen Situation eine so weittragende Entscheidung für die Kirche in Deutschland weder durchsetzbar noch zu verantworten ist. Die Einheit und die Solidarität in der Kirche ist um weit wichtigerer Probleme willen heute so dringend notwendig, daß es nicht erlaubt sein kann, hier Konflikte zu provozieren, die nach der Lage der Dinge nicht weiterführen, sondern die Situa-

tion nur verhärten. Die Deutsche Bischofskonferenz stellt sich hinter das Votum der letzten Bischofssynode in Rom. Diese Entscheidung der Bischofskonferenz, die Fragen der *virī probati* nicht in der Gemeinsamen Synode erneut zu diskutieren, wurde mit 40 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen bei einer Stimmenthaltung gefaßt.

Diese Entscheidung der Deutschen Bischofskonferenz bedeutet keine Zementierung des Status quo. Sie hält es für dringend erforderlich, an einem Pastoral Konzept zu arbeiten, das folgende Punkte mit Vorrang umfaßt: weiterer *Ausbau des Diakonats*, Entfaltung haupt- und nebenberuflicher wie auch ehrenamtlicher Laiendienste auf den verschiedenen pastoralen Ebenen, planvollere und engere Zusammenarbeit der Priester, stärkere Kooperation zwischen priesterlichem Dienst und anderen pastoralen Diensten, Verbesserung der pastoralen Strukturen. Darüber hinaus ist auch eine Erneuerung und *Vertiefung des priesterlichen Zölibats* erforderlich. Die priesterliche Lebensform soll im gesamten deutlicher als bisher Zeugnischarakter für das Evangelium entfalten. Dem muß sowohl die Ausbildung der Priester wie auch ihre brüderliche Gemeinschaft miteinander dienen. Von vorrangiger Bedeutung ist darüber hinaus die *Eröffnung neuer Wege zum Priestertum*, die es auch bewährten Männern, die bereits im Beruf stehen, ermöglichen, einen Zugang zum haupt- und nebenberuflichen priesterlichen Dienst zu finden, ohne sie auf traditionelle Formen des Ausbildungsganges einseitig festzulegen.

Mit diesen Ausführungen möchte ich Ihnen die Entscheidung der Deutschen Bischofskonferenz erklären. Es geht keineswegs darum, die Freiheit des Gesprächs in der Kirche einzuengen. Die deutschen Bischöfe glauben vielmehr, so handeln zu müssen, weil sie Verantwortung dafür tragen, daß die Planungen der Synode eine effektive Hilfe in der gegenwärtigen Situation darstellen können.

Liebe Mitbrüder, ich möchte mein Schreiben nicht beenden, ohne Ihnen allen für Ihre Treue im priesterlichen Dienst zu danken. Die Anforderungen, die von vielen Seiten an uns gestellt werden, sind gewachsen. Doch soll uns das nicht ein Anlaß zum Klagen sein, sondern zum Dank. Mit dem Apostel Paulus wollen wir Christus, unserem Herrn, danken, der uns die Kraft gab und uns für treu erachtete und zu seinem Dienst bestellt hat.

## Kurzinformationen

Der Geschäftsführende Ausschuß des Zentralkomitees der deutschen Katholiken hat auf seiner letzten Sitzung vom 5. Mai 1972, auf der er zum erstenmal unter dem Vorsitz des neugewählten Präsidenten, des rheinland-pfälzischen Kultusministers B. Vogel, tagte, neben den auf S. 284 dieses Heftes abgedruckten Erklärungen zur Situation an den Hochschulen und zur betrieblichen Berufsausbildung auch Thesen „zur gegenseitigen Zuordnung der Räte in der Kirche“ veröffentlicht. In dem Papier, das als ein Beitrag zur gegenwärtigen Synodendiskussion zum gleichen Thema (Synodenkommission VIII) gedacht ist, stellt das Zentralkomitee zum *Priesterrat* fest: Er bringt die dem Bischof und den Priestern gemeinsame Verantwortung für die Einheit des Bistums zum Ausdruck; er soll mit dem Bischof die Einheit des Presbyteriums gewährleisten und die Hinordnung der Gemeinden auf das Bistum fördern. Zum Verhältnis Leistungs-Gremien heißt es: Rätegremien seien auf allen Ebenen erforderlich, auf denen Kirche amtlich verfaßt ist. Den Vorsitz habe jeweils der zuständige Amtsträger. In den Rätegremien müsse die Gesamtheit der Gläubigen einschließlich der verbandlichen und sonstigen freien Initiativen in der Kirche vertreten sein. Über die dem Amt zugeordneten Räte hinaus fordert das Zentralkomitee „zu-

mindest auf den überpfarrlichen Ebenen“ eigenständige Gremien, die die verbandlichen und freien Initiativen verkörpern und in erster Linie dem Weltauftrag der Christen dienen. Zwei weitere Erklärungen, über *Fragen der Studienreform* und über den *Wehrdienst und die Bedingungen des Friedens* — es handelt sich im ersten Fall um eine Vorlage des Kulturbeirates, im zweiten Fall um eine Vorlage des politischen Beirates — wurden nochmals zurückgestellt. Auf der gleichen Sitzung bildete der geschäftsführende Ausschuß eine auf der letzten Vollversammlung des ZdK beschlossene neunköpfige *Verhandlungskommission mit der ad-hoc-Kommission der deutschen Bischofskonferenz zu Fragen der Errichtung eines Sekretariates der katholischen Kirche in Deutschland*. Die Kommission tritt am 8. Juni zum erstenmal zusammen. Am 23. Juni findet die erste Sitzung mit der ad-hoc-Kommission der Bischofskonferenz statt. Neben dieser wurden noch zwei weitere Kommissionen geschaffen: eine für die Prüfung des Statuts und der Geschäftsordnung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, eine zweite, die sich mit den sozialen Hilfen in Härtefällen bei Schwangerschaften im Zusammenhang mit der geplanten Reform des § 218 des Strafgesetzbuches befassen soll.

Die französische Bischofskommission für die Welt der Arbeit hat unter dem Datum vom 1. 5. 1972 ein neues Dokument über das Verhältnis der Kirche zur Arbeiterschaft veröffentlicht (Wortlaut in „La Croix“, 5. 5. 72). Dieses Dokument, das in ganz Frankreich beträchtliches Aufsehen erregte, das von der Presse der Linksparteien einschließlich der der Kommunisten ausgiebig zitiert und von gaullistischer Seite verschiedentlich angegriffen wurde, beschäftigt sich mit der *kirchlichen Situation jener Vertreter der Arbeiterschaft, die sich ideologisch zum Sozialismus verschiedener Prägung bekennen*. Die Autoren ringen um mehr Verständnis für diese Gruppen. Wörtlich heißt es: „Wie immer man die sozialistischen Doktrinen und die für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus angezielten Mittel beurteilen mag, man müßte wenigstens anerkennen, daß dies für sehr viele Männer und Frauen das Ideal der Befreiung darstellt, für das sie sich seit mehr als einem Jahrhundert mit viel Mut, Geduld und Generosität einsetzen.“ Die Autoren stellen fest, die Kirche habe sehr viel Mühe gehabt, dieses „humane Projekt“ wirklich ernst zu nehmen: „Geben wir es zu: Wir haben nicht die menschliche Bedeutung dieses Kampfes für die Gerechtigkeit erkannt, den die Arbeiterschaft seit so langer Zeit führt.“ Den christlichen Arbeitern, die sich als aktive Sozialisten bekennen, attestiert die Bischofskommission, „sie hätten für ihren Teil in manchmal sehr schwierigen Situationen bewiesen, daß sie ihren christlichen Glauben im Kampf um den Aufbau des Sozialismus (auch) wirklich leben können“. Im Blick auf die Kirche heißt es: „Die Arbeiterschaft kann sich nicht mit Erklärungen zufriedengeben. Sie erwartet eine Erneuerung im Verhalten der Kirche, durch die ihr Erscheinungsbild gereinigt wird. Sie verlangt von ihr, daß sie sich in ihren Einrichtungen den Erfordernissen der sozialen Gerechtigkeit anpaßt. Alles, was in ihren karitativen und sozialen Einrichtungen nach Paternalismus rieche, sei im Ergebnis ein Gegenzeugnis. Bezüglich der verschiedenen Formen des Sozialismus stellen die Bischöfe dreierlei fest: 1. Die Arbeiterschaft ist in Frankreich *in ihrer Gesamtheit* davon angezogen, ob es sich nun um den Kommunismus oder um andere Formen des Sozialismus handelt. Dies ist eine der wesentlichen Gegebenheiten für die französische Arbeitswelt. Die Kirche kann sich diesem Faktum nicht entziehen; sie ist aufgerufen, die Zeichen des Wirkens des Geistes zu entdecken und um Unterscheidung bemüht zu sein. 2. Auch im *Marxismus* gibt es wichtige Elemente, die von der christlichen Arbeiterschaft assimiliert wurden. Sie erscheinen ihnen keineswegs mit dem christlichen Glauben unvereinbar. 3. Es genügt für die Kirche nicht zu sagen, eine bestimmte Ideologie sei vereinbar oder sei nicht vereinbar mit dem Christentum. Es gilt auch den *praktischen Einfluß* zu beurteilen. Das Dokument ist das Ergebnis zweijähriger gemeinsamer Gespräche zwischen Bischöfen und christlichen Arbeitervertretern sozialistischer Provenienz. Es richtet sich nicht direkt an die Arbeiterschaft. Es ist kein Dokument *des* Episkopats, sondern eine Denkhilfe *für* die Bischöfe und die mit der Arbeiterseelsorge befaßten Geistlichen. Die Bischofskommission, die nur für sich spricht, bezeichnet es selbst als eine „erste Etappe“ im Gespräch mit den unmittelbar betroffenen Arbeitern. „La Croix“ kommentierte das Papier mit dem Hinweis: Man bediene sich zwar einer unpassenden Sprache, wenn man sage, die Kirche Frankreichs marschiere links, aber man solle dieses „Ereignis“ nicht unterschätzen.

Die kanadische Bischofskonferenz studierte die Ergebnisse der römischen Bischofssynode auf ihrer diesjährigen Frühjahrs-sitzung vom 17. bis 21. April in Ottawa. Dabei ging es um die Überprüfung, inwieweit die Resultate auf die spezifischen Besonderheiten Kanadas übertragen werden können. Die wichtigsten Themenbereiche lauteten: Das politische Leben in Québec und die Kirche, die soziale Gerechtigkeit im internen Leben der Kirche, die gerechtere Verteilung des Nationaleinkommens, der christliche Sinn des Sonntags. Die zweisprachig ablaufende Konferenz geriet mehrfach in Gefahr, bei der Diskussion über die soziale Gerechtigkeit einseitig zum Problem

der französischen Minderheit und zum Separatismus Stellung zu nehmen. Schließlich jedoch wurde das Thema ganz ausgeklammert. Besondere Beachtung fand die theologische und pastorale Reflexion über den Sinn des christlichen Sonntags heute. Bei der Diskussion über das Priesterdokument stieß man schon nach kurzer Zeit auf die Frage der Ordination Verheirateter. Führende Vertreter der kanadischen Bischöfe, unter ihnen die meisten der sechsköpfigen Delegation bei der Synode, erklärten dabei, dieses Thema sei auch nach der Bischofssynode keineswegs „tot“. Sie seien zwar momentan größtenteils auch der Meinung, daß die Werte des unverheirateten westlichen Priesters hoch einzuschätzen seien und daß es eines tieferen Verständnisses innerhalb der Kirche für die Freuden und den Dienst des Zölibats bedürfe. Doch mehrere Bischöfe wiesen darauf hin, daß eine „offene Tür“ verbleibe, da es sich bei dem Synodenbeschuß nur um eine *Empfehlung* an den Papst gehandelt habe. Und es gibt, wie es ein Bischof ausdrückte, „absolut nichts, das die kanadischen Bischöfe davon abhalten könnte, zum Heiligen Vater zu gehen und ihn um Erlaubnis zur Ordination von verheirateten Männern zu bitten, wenn die Situation es hier erforderlich machen sollte“. (NCNS, 20. 4. 72). Die kanadischen Bischöfe hoben hervor, daß immerhin 87 von 200 Bischöfen den Abschnitt über das Verbot der Zulassung verheirateter Männer abgelehnt hätten. Zu den 87 hätten nicht nur die kanadischen Delegierten, sondern auch Ordensobere und Bischöfe aus Lateinamerika, Belgien, den Niederlanden und verschiedenen skandinavischen Ländern gehört. Besonders Bischof A. E. Burke von Yarmouth/Nova Scotia, unterstrich die Möglichkeit, daß die kanadischen Bischöfe schon in Kürze Papst Paul um die Erlaubnis zur Weihe von verheirateten Männern bitten könnten, wenn sie erleben müßten, daß weite Missionsgebiete Kanadas ohne Priester sind. Die Ergebnisse der Bischofssynode seien kein Stoppsignal für eine weitere Behandlung und eventuelle Änderung der Diskussionen um die verheirateten Priester.

Zu einem Kongreß „Die Bibel und das Schwarze Afrika“ im Harry-S.-Truman-Forschungszentrum der Hebräischen Universität in Jerusalem trafen sich vom 23. bis 27. April 40 katholische und protestantische afrikanische Intellektuelle und israelische Bibelgelehrte. Die afrikanischen Teilnehmer stammten aus 17 verschiedenen Ländern. Veranstalter waren die „Bewegung Christlicher Intellektueller Afrikas“, das „Israel Interfaith Committee“ und das „Truman-Forschungsinstitut“ in Verbindung mit dem „Institut für Menschliche Beziehungen des Amerikanischen Hebräischen Komitees“. Die Schirmherrschaft hatten die „Kongregation für die Glaubensverbreitung“, die „Afrikanische Kulturgesellschaft“ und die „Afrikanische Bibelgesellschaft“ gemeinsam übernommen, womit die Bedeutung dieser Konferenz besonders betont wurde. Das Vorhaben geht auf Bemühungen der Bewegung Afrikanischer Christlicher Intellektueller zurück, die eine Tagung über die Bedeutung der Bibel für das heutige Afrika wünschte und sich deshalb an das „Israel Interfaith Committee“ wandte (vgl. Fides, 6. 5. 72). Im Herbst 1970 hatte an der Hebräischen Universität bereits ein „Kolloquium über Religion, Nation und Land“ stattgefunden, bei dem E. Mveng S. J. aus Kamerun den Vorschlag machte, einen afrikanisch-israelischen Kongreß über die Bedeutung der biblischen Botschaft für Afrika zu halten und möglichst in Jerusalem ein ständiges Studienzentrum für afrikanische Bibelwissenschaftler zu errichten. Pater Mveng, der die Bewegung Afrikanischer Christlicher Intellektueller leitet, sorgte deshalb zusammen mit dem Vorsitzenden des „Israel Interfaith Committee“, R. J. Z. Werblowsky, für eine Kombination beider Wünsche. Unter den Teilnehmern waren auch Kardinal P. Zoungna von Obervolta, Präsident Senghor vom Senegal und als europäische Experten für afrikanische Religion der Sekretär der Katholischen Weltföderation für das Bibelapostolat, J. A. Van der Valk, und Professor G. Parrinder von der Universität London. Zwölf afrikanische und sechs israelische Sprecher legten Arbeitspapiere vor. Die Diskussionen betrafen hauptsächlich die Themenbereiche „Afrika und die Bibel“, „Lesen der Bibel in

Afrika und Probleme des Übersetzens“, „Analogien und Einflüsse“ und „Afrikanische Probleme und Ausblicke für die Zukunft“. Bei fast allen Themen stieß man auf das Problem der afrikanischen Identität. Parallelen zwischen Schilderungen der Bibel und heutiger afrikanischer Wirklichkeit wurden von vielen Teilnehmern herausgestellt. Demnach bringen viele der 40 Millionen Christen Afrikas allein von ihrer Stammeszugehörigkeit und ihrer agrarischen Lebensweise her ein ursprüngliches Verständnis für die Bibel mit. Auch die früheren und heutigen Verbindungen zwischen Afrika, den Ländern der Bibel und dem jüdischen Volk sowie die hebräischen Wurzeln der äthiopischen Kirche wurden eingehend behandelt. Allgemein wurde der Kongreß als verheißungsvoller Beginn für ein ständiges Afrikanisches Bibelinstitut angesehen (vgl. NCNS, 2. 5. 72).

Die Neunzehnhundertjahrfeier des Martyrertodes des Apostels Thomas erlebte vom 14. bis 16. April ihren Höhepunkt in Madras in Indien. Nach intensiver theologischer Vorbereitung im Oktober 1971 (vgl. HK, Dezember 1971, 569 ff.) war jetzt die gesamte katholische Bevölkerung aufgerufen, an dreitägigen Feierlichkeiten teilzunehmen. Der ursprüngliche Termin im Januar hatte wegen des indisch-pakistanischen Krieges abgesagt werden müssen. Hervorstechendes Merkmal der Gedächtnisfeiern waren die ökumenische Öffnung und der Dialog mit nichtchristlichen Religionen. Papst Paul VI. unterstrich die Bedeutung des Treffens durch ein persönliches Schreiben, die Entsendung von Kardinal W. Conway von Armagh und Primas von Irland als päpstlichen Legaten und durch eine zum Abschluß verlesene Botschaft, in der der hl. Thomas offiziell zum Apostel Indiens erklärt wurde. Insgesamt nahmen mehr als 100 000 Menschen an den Feiern teil. Überraschend groß war die Resonanz auch auf Seiten der Nichtkatholiken und bei staatlichen Stellen. So strahlte „All-India Radio“ am 25. April über das ganze Land ein Sonderprogramm mit dem Titel „Das Geschenk des Glaubens“ aus, und Fernsehen und Presse berichteten ausführlich. Der Präsident Indiens, V. V. Giri, erklärte in einer schriftlichen Botschaft u. a.: „Diese Gelegenheit möchte ich benutzen, um der christlichen Gemeinschaft meine Anerkennung auszusprechen für den wertvollen Beitrag, den sie zum bunten Mosaik der Kultur Indiens geleistet hat. Die Bevölkerung von Indien ist ihren christlichen Brüdern zu großem Dank verpflichtet für ihre hervorragenden Leistungen auf den Gebieten Erziehung, Gesundheit und der allgemeinen sozialen Entwicklung“ (zit. nach Fides, 6. 5. 72). Das Thema der Feierlichkeiten lautete „Das Leben, an dem wir teilhaben wollen“. Kardinal Conway sagte in seiner Eröffnungsansprache dazu u. a.: „Dieses Thema wird in erster Linie im Sinne des übernatürlichen Lebens der Gnade verstanden, aber auch im Sinne des menschlichen Lebens in seinen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aspekten. Diese Feiern werden deshalb auch Ausdruck dafür sein, wie sich die christliche Gemeinschaft in Indien die Sorge Christi um die Armen und Leidenden zu eigen macht, wie sich diese Sorge in den sozialen Strukturen offenbaren wird.“ Erstmals in der Geschichte feierte am 15. April der Metropolit der

Orthodoxen Syrischen Kirche von Kerala, *Philipose Mar Theophilos* von Angamali, in der Thomas-Basilika eine Messe in Malayalam. Kurz darauf fand in derselben Basilika eine Kommunionfeier statt, konzelebriert von Bischof L. Newbigin von der Kirche von Südindien, Bischof A. J. Satynadhan von der Lutherischen Kirche und *Mar Chrysostom* von der Mar-Thomas-Kirche von Kerala. Bei einem Symposium über Evangelisation wurden wichtige Impulse der Theologenkonferenz von Nagpur (vgl. HK, Dezember 1971, 569 ff.) weitergegeben. Ein Dialog-Treffen mit Gebet versammelte Vertreter von Christentum, Islam, Buddhismus, Jainismus und drei weiteren typischen indischen religiösen Bewegungen. Die nachhaltige Bedeutung dürfte jedoch der offiziellen Ernennung des hl. Thomas zum Apostel Indiens zukommen.

Ein Projekt der Reform des Theologiestudiums legte J. Ellul auf der 65. Nationalsynode der Reformierten Kirche Frankreichs (29. 4. — 1. 5. 72) vor, das von einer Sonderkommission nach längerer Vorbereitung erarbeitet worden war (vgl. Le Monde, 4. 5. 72). Nach hitziger Diskussion wurde das Projekt mit 47 Jastimmen, 4 Neinstimmen und 10 Enthaltungen auf der Synode angenommen. Es sucht einer Reihe dringender Bedürfnisse nachzukommen: die theologische Ausbildung soll sich an den späteren vielfältigen pastoralen Aufgaben ausrichten, die immer mehr über die eines bloßen Pfarrgeistlichen hinausgehen. Die Theologie soll „entklerikalisiert“ werden, d. h., das Theologiestudium soll allen Interessenten angeboten werden bzw. offenstehen. Es soll der Anfang einer ständigen Aus- und Weiterbildung werden, derart, daß es nach und nach zu einem „Sonderfall der allgemeinen Ausbildung der Laien wird“. Die Theologie ist so darzustellen, daß sie den heutigen sozio-kulturellen Verhältnissen entspricht und die Problematik unserer Zeit miteinbezieht. Die pädagogischen Methoden sind nach den Bedürfnissen von Professoren und Studenten auszurichten. Das künftige Theologiestudium soll nach diesem Projekt in drei Zyklen gegliedert sein. Der erste Zyklus von drei (früher vier) Jahren sieht ein eigentliches Universitätsstudium mit abschließendem Lizentiat vor. Bildungsmäßige Voraussetzung für den Studienbeginn ist das Abitur (baccalaureat). In den ersten Zyklus fallen die theologischen Grunddisziplinen und eine Einführung in die Humanwissenschaften. Neben ihrem Studium sollen die Studenten im kirchlichen Raum eine praktische Tätigkeit ausüben (bezahlte Arbeit oder eine längere Bewährungszeit u. ä.). Im zweiten Zyklus können die Lizentiaten zwischen einer theologisch-wissenschaftlichen Spezialisierung und einer speziellen Vorbereitung auf die verschiedenen pastoralen Dienste wählen. Die Arbeit in der Pfarrei oder in kirchlichen Organisationen soll dabei die Hälfte dieser Zeit ausfüllen. Ein dritter Zyklus führt zur theologischen Promotion. Das Projekt sieht weiter die Fusion beider gegenwärtiger theologischer Fakultäten in Paris und Montpellier zu einem einzigen Ausbildungsinstitut mit Universitätscharakter vor, wobei in Paris der erste und in Montpellier der zweite Zyklus gelesen werden soll.

## Zeitschriftenschau

### Theologie und Religion

BRUNNER, Peter. *Sacerdotium und Ministerium*. In: *Kerygma und Dogma* Jhg. 18 Heft 2 (April—Juni 1972) S. 101—117.

Brunners Diskussionsbeitrag stellt in Fortführung der ersten Aufsatzreihe der Zeitschrift zu „Amt und Ordination“ in 9 Thesen

die orthodoxe lutherische Ablehnung eines heilsmittelnden amtlichen Priestertums im Neuen Bunde heraus und reduziert das kirchliche Amt auf das Predigtamt. Er argumentiert außerhalb des Kontextes der inzwischen erarbeiteten Konsensus-Dokumente über die Eucharistie. Ähnliches gilt von dem Beitrag von H. Fries: „Das Problem des Amtes in der Sicht der katholischen Theologie“ (S. 118 bis 138), der über die Arbeiten der letzten Jahre zum Priesteramt sorgfältig, aber nicht bis zum neuesten Stand informiert und mehr

eine Apologetik für das lutherisch-katholische Dokument über „Das Evangelium und die Kirche“ (HK 25, 536—544) darstellt. Auch er hält eine gegenseitige Anerkennung der Ämter wenigstens regional jetzt schon für möglich. — Neu ist die Information von K. Chr. Felmy „Eucharistie, Gemeinde und Amt“ (S. 139—160) über das lutherische Gespräch mit der Orthodoxie, das Aufmerksamkeit verdient, weil es zur rechten Verständigung mit der römisch-katholischen Kirche dient.